

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Demonstration #unteilbar

13. Oktober 2018 in Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

unter dem Motto „Unteilbar“ haben sich heute in Berlin zig tausende Menschen zusammen gefunden. Ein Zeichen, das Mut macht. Denn die Spalter, die Schreier, die Hetzer sind nicht in der Mehrzahl. Auch wenn sie noch so laut und aggressiv daher kommen, provozieren und vermeintlich einfache Lösungen für schwierige Fragen anbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, lasst Euch davon nicht ins Bockshorn jagen!
Lasst uns – so wie heute - klar machen: Spaltung ist keine Lösung, die Würde des Menschen ist unteilbar!

Wer die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern will, der muss dafür niemanden herabwürdigen – weder durch Worte, noch durch Taten. Deshalb sind alle Demokratinnen und Demokraten in der Pflicht deutlich zu machen, dass sie mit Hetze und Spaltung nicht einverstanden sind. Dazu gehört STOPP zu sagen, laut und unmissverständlich! Der Widerspruch besteht immer noch zwischen Kapital und Arbeit - nicht zwischen Inländern und Ausländern, nicht zwischen Glaubensrichtungen, nicht zwischen den Geschlechtern, nicht zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Die Menschen, die aus Not, aus Angst vor dem Tod, auf der Suche nach Sicherheit und einer lebenswerten Zukunft für sich und ihre Familien flüchten, sind aber nicht dafür verantwortlich, dass wir hierzulande für faire Löhne, auskömmliche Renten, sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit streiten müssen! Wohnungsnot, fehlende Kitaplätze, unsichere Arbeitsbedingungen, mickrige Renten, geschlossene Schwimmbäder und marode Schulen auf der einen Seite, Vermögenskonzentration, Steuererleichterungen für Reiche und Vermögen, die Ausweitung der prekären Beschäftigung per Gesetz auf der anderen Seite, das alles war vor 2015 auch schon da!

Das geht auch nicht weg, wenn die Menschen im Mittelmeer ertränkt werden, das geht nicht weg, wenn Nationalismus, Chauvinismus und Menschenfeindlichkeit die öffentliche Diskussion bestimmen! Hass und Gewalt schaffen keine soziale Gerechtigkeit! Wer den Unmut und die Enttäuschung vieler Menschen dazu benutzt einen Keil zu treiben, mit dem ist kein Staat zu machen! Diese Probleme brauchen eine andere politische Antwort – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Eine Politik, deren Leitbild die Menschenwürde ist.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

als Gewerkschaften sagen wir: Die Würde des Menschen bedeutet mehr als die Profite von Konzernen. Das ist keine Sozialromantik! Das ist das Leitbild, nach dem wir unsere Gesellschaft gestalten wollen. Das ist der unabdingbare Anspruch, den alle Menschen haben!

Deshalb streiten wir als Gewerkschaften für eine solidarische Gesellschaft, in der Reichtum gerecht verteilt ist. Gute Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung in Stadt und auf dem Land, die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum und ein funktionierender ÖPNV müssen vom Staat gewährleistet sein. Dafür hat er Steuern einzunehmen bei denen, die es haben! Deshalb lassen wir nicht nach. Reichtum muss wieder stärker zum Gemeinwohl beitragen, denn Eigentum verpflichtet!

Löhne und Gehälter müssen für ein auskömmliches Leben und eine Rente in Würde reichen, Menschen müssen gesund arbeiten können, bis sie in Rente gehen, sie müssen Unterstützung im Alltag bekommen können, wenn sie sie brauchen und sie müssen ihr Leben planen können. Bildung und soziale Sicherheit müssen allen Menschen zugänglich sein: in Ost und West, in der Stadt und auf dem Land, unabhängig von Geschlecht und Herkunft.

Dafür stehen wir als Gewerkschaften ein!

Lasst uns gemeinsam dafür streiten – die Würde des Menschen ist unteilbar!